

Energieversorgungsstrukturen müssen europaweit zusammenwachsen

Eine Stellungnahme der Helmholtz-Energieforschungszentren zur energiepolitischen Diskussion

In einer Stellungnahme haben sich Vertreter der acht energie-forschenden Helmholtz-Zentren zur energiepolitischen Diskus-sion geäußert und ihre Bereitschaft erklärt, den anstehenden Transformationsprozess konstruktiv zu unterstützen. Die Helmholtz-Gemeinschaft leistet knapp die Hälfte der mit öffent-lichen Mitteln geförderten Energieforschung in Deutschland und verfügt über umfassende Expertise in der Forschung zu erneuerbaren Energien, energieeffizienten Technologien, nuk-learer Sicherheit sowie Systemanalyse und Technologiefolgen-abschätzung.

Monika Landgraf
Pressesprecherin

Kaiserstraße 12
76131 Karlsruhe
Tel.: +49 721 608-47414
Fax: +49 721 608-43658

Die Bundesregierung hat mit ihrem Energiekonzept vom September 2010 richtungsweisende Ziele an eine nachhaltige und zuverlässige Energieversorgung der Zukunft gesetzt. Nach dem Reaktorunfall von Fukushima wird offenkundig, dass die Vorgaben des Energie-konzeptes prinzipiell „robust“ sind. Allerdings hat sich jetzt die ener-giepolitische Landschaft deutlich verändert. Die Risikobewertung der Kernenergienutzung – und aller anderer Energietechnologien – muss überdacht werden. Entsprechende Anpassungen im Energie-konzept sind nötig, weil die Verkürzung der Kernenergie-Laufzeiten zu erheblichen Herausforderungen an Politik, Wirtschaft und Wis-senschaft führt.

Eindeutige Zielvorgaben

Notwendig sind ein übergreifender Ansatz und eine klare Festlegung von Zielprioritäten bezüglich Versorgungssicherheit, globaler Res-sourcenverfügbarkeit, Umwelt- und Klimaschutz, technologischen Risiken sowie Wirtschaftlichkeit und Sicherung von Industriestandor-ten. Ein fallweises Umschwenken der Priorisierung oder gar gegen-seitiges Auspielen dieser Faktoren verhindert eine vernünftige langfristige Planung.

Technologieneutral denken

Im politischen Alltag wird über Strom-, Wärme- und Kraftstoffversor-gung oft getrennt entschieden. Ziel ist es jedoch, die jeweiligen An-

wendungs- und Erzeugungstechnologien stärker zu verzahnen und neue nationale energieträgerübergreifende Versorgungsstrukturen für Erzeugung, Transport und Speicherung zu schaffen.

Europäischer Ansatz

Alle Energiesparten, insbesondere aber die Stromversorgung, sind nicht nur national, sondern vor allem europäisch zu gestalten. So ist für Planung und Betrieb von erneuerbarer, fossiler und nuklearer Stromerzeugung sowie Netzen und Speichern eine europaweite Abstimmung erforderlich (z.B. für einen effizienten Einsatz von Wasserkraft in Skandinavien und den Alpen oder grenzüberschreitenden Stromaustausch).

Empfehlung

Die Bevölkerung hat realisiert, dass nachhaltige Energieversorgung ein gesellschaftlich und volkswirtschaftlich gleichrangiges Thema wie Gesundheit, Bildung und soziale Sicherheit ist. Dies ist eine große Chance für ein hohes Maß an Unterstützung für den bevorstehenden Transformationsprozess. Nun kommt es darauf an, eine konsequente Diskussion über neue Lösungswege und ihre Konsequenzen zu führen. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Energieforschung und das geplante umfassende Monitoring des Transformationsprozesses, allem voran des Zielerreichungsgrades, beim Aufbau neuer Infrastrukturen als technische Voraussetzung für einen Ausstieg aus der Kernenergie und für eine klima-, umwelt- und ressourcenschonende sowie sichere und bezahlbare Energieversorgung.

Die acht Energieforschungszentren der Helmholtz-Gemeinschaft sind in den wichtigen Forschungsbereichen der erneuerbaren, fossilen und nuklearen Energien sowie der Systemanalyse und Technikfolgenabschätzung erfahrene Akteure und Partner in diesem Transformationsprozess. Die Helmholtz-Gemeinschaft steht zu Verfügung, eine neue Energiezukunft mittels Forschung, Ausbildung und Politikberatung erfolgreich zu gestalten und zu begleiten.

4. Juni 2011

Eberhard Umbach, Vizepräsident der Helmholtz-Gemeinschaft, für den Forschungsbereich Energie für die Helmholtz-Zentren Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR), Forschungszentrum Jülich, Helmholtz-Zentrum Potsdam - Deutsches GeoForschungszentrum (GFZ), Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie (HZB), Helmholtz-Zentrum Dresden-Rossendorf

(HZDR), Max-Planck-Institut für Plasmaphysik (IPP), Karlsruher Institut für Technologie (KIT) und Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ).

Das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts nach den Gesetzen des Landes Baden-Württemberg. Es nimmt sowohl die Mission einer Universität als auch die Mission eines nationalen Forschungszentrums in der Helmholtz-Gemeinschaft wahr. Das KIT verfolgt seine Aufgaben im Wissensdreieck Forschung – Lehre – Innovation.

Diese Presseinformation ist im Internet abrufbar unter: www.kit.edu